

Land mit einer großen Bevölkerung müssen für eine gute politische und wirtschaftliche Lage folgende Voraussetzungen gegeben sein: Erstens braucht man eine Kondensierungskraft, sonst würde die Bevölkerung wie loser Sand zerfließen. Die Kondensierungskraft zu stärken ist nur möglich, wenn man an der Führungsrolle der KPCh festhält. Zweitens bleibt zur Schaffung guter Lebensverhältnisse für ein Milliardenvolk wie die Chinesen keine andere Wahl als der sozialistische Weg (ebd.). -st-

Kultur

*(16)

Inspektion der Schulen abgeschlossen

Die im September 1989 durch die Staatliche Erziehungskommission eingeleitete und in drei Etappen durchgeführte Inspektion aller Grund- und Mittelschulen ist in 26 Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten abgeschlossen worden. Über das Ergebnis berichtete die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 2.2.90 (vgl. auch XNA, 3.2.90). Danach wurde zu den fünf untersuchten Fragekomplexen folgendes festgestellt:

1. Verbesserung der moralischen Erziehung: Das Zirkular des ZK über die Reform und Verbesserung der moralischen Erziehung an den Grund- und Mittelschulen sei befolgt und die politische und ideologische Erziehung der Schüler verstärkt worden. Die örtlichen Parteikomitees und Regierungen hätten Führungsgruppen oder Koordinationskomitees für die moralische Erziehung eingerichtet, um die Führung auf diesem Gebiet zu verstärken, und sie hätten die Anforderungen erhöht. In manchen Gebieten aber ließe die politisch-moralische Erziehung noch zu wünschen übrig.

2. Steigerung der Erziehungsausgaben und Erhöhung der Lehrergehälter: Von den 26 untersuchten Einheiten auf Provinzebene hätten 23 zwischen 1985 und 1988 ihre Ausgaben für das Erziehungswesen erhöht, und zwar in stärkerem Maße als ihre Haushalte zunahmen. Am höchsten sind die öffentlichen Aufwendungen für das Schul-

wesen in Shanghai. Dort gab die Stadt im Jahre 1988 pro Mittelschüler durchschnittlich 147,97 Yuan aus, pro Grundschüler durchschnittlich 66,08 Yuan. Als nächstes folgte Beijing, das 145,10 bzw. 59,87 Yuan aufwendete. An dritter Stelle folgte Tianjin. Die Inspektion habe jedoch auch ergeben, daß trotz der Steigerung der Erziehungsausgaben die Mittel für das Erziehungswesen aufgrund der steigenden Zahl der Lehrer und Schüler, der gestiegenen Lehrergehälter und der Inflation knapp seien. Tatsächlich sei der Anteil der Erziehungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben allgemein gesunken; nur in Jilin, Hainan und Shanxi betrage er über 20%, in allen anderen Provinzen unter 20%. Mit Ausnahme von Beijing zeige sich überall die Tendenz, daß die durchschnittlich pro Jahr und Schüler aufgewendeten Mittel der öffentlichen Hand abnehmen. Vergleiche man das Jahr 1988 mit 1985, so sei in ganz China der Anteil der öffentlichen Ausgaben für das Mittelschulwesen an den Gesamtausgaben für das Mittelschulwesen von 35,31 auf 23,5%, derjenige für das Grundschulwesen von 24,33 auf 14,9% gesunken. In manchen Provinzen seien 1988 pro Mittelschüler durchschnittlich nur 21,38 Yuan, für Grundschüler nur 2,36 Yuan an öffentlichen Mitteln aufgewendet worden, in einigen Kreisen und Städten sogar gar keine öffentlichen Mittel für die Grund- und Mittelschulen (d.h. hier werden die Schulen gar nicht aus staatlichen Mitteln gefördert, sondern nur aus Mitteln der örtlichen Kollektive). Die Gehälter der Lehrer seien in unterschiedlichem Maße erhöht worden, und das Kontingent der Lehrer tendiere zur Konsolidierung. In Beijing, Tianjin, Shanghai, Zhejiang, Guangdong und Xinjiang seien die Gehälter der Lehrer an den staatlichen Schulen erhöht und ihre Behandlung verbessert worden, in den übrigen Provinzen und Gebieten sei das nur teilweise geschehen. Die Politik, die Gehälter von Lehrern an nichtstaatlichen Schulen (*minban*, d.h. vom Volk betriebenen Schulen) von seiten des Staates aufzubessern, werde im Prinzip befolgt, doch seien die Gehälter der *minban*-Lehrer allgemein vergleichsweise niedrig, und an einigen Orten sei man mit der Gehaltszahlung im Rückstand, was nicht dazu beitrage, das Kontingent der *minban*-Lehrer zu konsolidieren. In vielen Gebieten sei das Problem des Wohnungsmangels und der unzurei-

chenden medizinischen Versorgung der Lehrer noch nicht vollständig gelöst.

3. Reparatur von Schul- und Klassenräumen: Hier sollen bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden sein. Während sich im Jahre 1980 noch 17% aller Schulräume in einem gefährlichen Zustand befunden hätten, seien es Mitte 1989 nur noch 4,7% gewesen.

4. Unterbindung der Quote der vorzeitigen Schulabgänger: Der vorzeitige Schulabgang aus den Grundschulen sei unter Kontrolle, doch sei die Zahl der Mittelschüler, die die Mittelschulunterstufe vorzeitig abbrechen, nach wie vor hoch. Im Schuljahr 1987/88 habe der Anteil der vorzeitig die Grundschule verlassenden Schüler durchschnittlich 3,3% betragen, während sich der Anteil der Mittelschüler auf 6,9% belaufen habe. Im Herbst 1989 habe der Anteil 3,2 bzw. 7,3% betragen, d.h. bei den Mittelschülern der Unterstufe mache sich eine steigende Tendenz zum Schulabbruch bemerkbar. Die örtlichen Regierungen widmeten dem Problem große Aufmerksamkeit und versuchten durch rechtliche, administrative, wirtschaftliche und erzieherische Maßnahmen den vorzeitigen Abbruch des Schulbesuchs einzuschränken.

5. Die Erhebung zusätzlicher, unautorisierten Gebühren: Dieses Problem soll in den meisten Provinzen, autonomen Gebieten und Städten korrigiert worden sein. In Shanghai, Tianjin und Fujian habe man entsprechende Verordnungen erlassen, doch in einigen Provinzen müsse das Problem noch geregelt werden.

Der Ergebnisbericht bestätigt das unbefriedigende Bild, das der Zwischenbericht über die Schulinspektion vom Oktober 1989 vermittelt hatte (vgl. C.a. 1989/10, Ü 32). Auch darin war bereits bemängelt worden, daß der Anteil der Erziehungsausgaben an den öffentlichen Haushalten von Jahr zu Jahr gesunken sei. Dabei schreibt das 1986 in Kraft getretene Gesetz über die allgemeine Schulpflicht vor, daß die Etats für das Erziehungswesen stärker zuzunehmen hätten als alle anderen Etats. Statt dessen ist in den letzten Jahren überall eine Abnahme der öffentlichen Bildungshaushalte zu verzeichnen. Das Schulpflichtgesetz sieht auch vor, daß in Gebieten mit wirtschaftlichen

Schwierigkeiten die Schulen stärker von staatlicher Seite gefördert werden sollen. Dennoch gibt es immer noch Kreise, deren Grundschulen keine öffentlichen Mittel erhalten, sondern allein mit den unzureichenden örtlichen Mitteln auskommen müssen.

Der Lehrermangel scheint nach wie vor ein Problem zu sein. Er läßt sich in erster Linie durch eine bessere Bezahlung und Behandlung der Lehrer beheben, doch auch in dieser Hinsicht reichen die bisherigen Maßnahmen zumal in ländlichen Gegenden nicht aus.

Ein ernstzunehmendes Problem ist die neuerliche Zunahme derjenigen, die die Schule vorzeitig verlassen. Zwar betrifft die steigende Zahl der "Schulabbrecher" nur die Unterstufe der Mittelschulen und angeblich nicht die Grundschulen, doch schon damit ist eine Tendenz angezeigt, die der Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht von neun Jahren (Grundschule + untere Mittelschule) zuwiderläuft. Auch das Problem der Erhebung unautorisierter Gebühren scheint noch nicht grundlegend gelöst worden zu sein. Die Staatliche Erziehungskommission sah sich nämlich veranlaßt, zu Beginn der Schule Mitte Februar an die Adresse der Grund- und Mittelschulen erneut ein Verbot auszusprechen, von den Schülern zusätzliche Gebühren über das übliche Schulgeld hinaus zu erheben. Den Schulen sei es nicht gestattet, über den staatlichen Plan hinaus zusätzlich Schüler aufzunehmen und dafür ein überhöhtes Schulgeld zu kassieren. (XNA, 17.2.90)

Die gravierenden Mängel im chinesischen Schulwesen, die durch die jüngste Schulinspektion bekannt geworden sind, haben kaum absehbare Folgen für die chinesische Gesellschaft. Sie beeinträchtigen nicht nur den gesamten Modernisierungsprozeß, sondern werden sich vor allem auch negativ auf die Bevölkerungspolitik auswirken. Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Familienplanung ein erhöhtes Bildungsniveau ist. -st-

*(17)

Zahl der Universitäten und Hochschulen nahezu konstant

In China gibt es derzeit 1.075 Universitäten und Hochschulen mit 2,1 Millionen Studenten und 110.000 Postgraduierten. Diese Zahlen gab der stell-

vertretende Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission Zhu Kai-xuan bekannt. In den vergangenen zwölf Jahren, so Zhu, seien in diesen Hochschulen 4 Millionen Studenten und 160.000 Postgraduierte ausgebildet worden. Auch in der Erwachsenenbildung sei eine Zunahme zu verzeichnen: Gegenwärtig gebe es 1.300 Erwachsenenbildungseinrichtungen mit gut 1,7 Millionen Studenten. Das Grundprinzip für die Entwicklung des Hochschulsektors bestehe laut Zhu darin, die Zahl der Hochschulen zu stabilisieren sowie ihre Struktur und Qualität zu verbessern. In diesem Jahr würden 620.000 Studenten neu zugelassen, und diese Zahl werde auch für die nächsten Jahre gelten, weil keine neuen Universitäten und Hochschulen geplant seien. Ein Problem sei der Verkauf von Diplomen durch einige Hochschulen im Erwachsenenbildungsbereich an unqualifizierte Leute. Der Staat werde gegen diese Praxis vorgehen und die Erwachsenenschulen dazu anhalten, sich auf die professionelle und technische Ausbildung zu konzentrieren. (XNA, 13.2.90)

Im Januar 1988 betrug die Zahl der Universitäten und Hochschulen noch 1.063, d.h. sie hat sich in den zwei Jahren nur leicht um 12 erhöht. Auch die Studentenzahlen sind seitdem nur in geringem Maße gestiegen: 1988 betragen sie 1,96 Millionen und 120.000 Postgraduierte. Zu Beginn der Reformperiode war der Hochschulsektor stark ausgebaut worden, zu schnell, wie viele Kritiker heute meinen, denn es wurde nicht immer auf die Qualität geachtet. Deshalb verfolgt die Regierung jetzt eine Hochschulpolitik, die die Zahl der Hochschulen konstant hält und mehr Wert auf die Qualität der Hochschulausbildung legt. -st-

*(18)

Rundfunk- und Fernsehuniversität: 1 Million Studenten

Seit ihrer Gründung im Jahre 1979 hat die chinesische Rundfunk- und Fernsehuniversität 1,03 Millionen Studenten zu einem Hochschulabschluß gebracht. An der Universität kann man 130 Fächer studieren, angefangen von Natur- und Sozialwissenschaften über Ingenieurwissenschaften, Literatur, Wirtschaft und Management bis hin zu Agrarwissenschaft. Einer kürzlich von der Weltbank finanzierten Untersu-

chung zufolge ist China das erste Land, in dem Ingenieurkurse über Fernsehen und Rundfunk durchgeführt werden. In der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Rundfunk- und Fernschule zu einem großen Teil von Leuten wahrgenommen werden, die in entlegenen Regionen leben. Auch Frauen erhielten über die Rundfunk- und Fernsehuniversität gute Bildungschancen. (XNA, 13.2.90) Die Rundfunk- und Fernsehuniversität stellt eine wichtige Ergänzung zum regulären Hochschulwesen dar, weil dieses den Bedarf an Studienplätzen nicht decken kann. Absolventen der Rundfunk- und Fernsehuniversität haben kein Anrecht darauf, vom Staat eine Stelle vermittelt zu bekommen. -st-

*(19)

Gründung der Universität Shantou durch Spenden

In Shantou, einer Küstenstadt im Osten der Provinz Guangdong, ist kürzlich eine neue Universität eingeweiht worden. Sie wurde durch Spenden des Hongkonger Industriellen Li Ka Shing (Li Jiacheng) erbaut. Die Planung begann im Jahre 1980, der Grundstein für die neue Universität wurde am 1. Januar 1984 gelegt. Die Gebäude verfügen über eine Gesamtfläche von 200.000 Quadratmetern. Bis Oktober 1989 hatte Li Ka Shing 370 Mio.HK\$ (47,4 Mio.US\$) gespendet. Im November sagte er weitere Spenden in Höhe von 200 Mio.HK\$ (25,6 Mio.US\$) für die Entwicklung der Universität zu. Seit Baubeginn haben auch die Behörden der Zentrale, der Provinz und die örtlichen Stellen zum Bau der Universität beigetragen, indem sie ungefähr 100 Mio. Yuan zur Verfügung stellten. Einige der Staatlichen Erziehungskommission unterstellte Universitäten, darunter die Volksuniversität, die Fudan-, Nanjing-, Xiamen- und Zhongshan-Universität, unterstützen die neue Universität durch Entsendung von Lehrpersonal. Gegenwärtig gibt es an der Universität 12 Abteilungen und eine medizinische Hochschule. (XNA, 5.2.90) Auf der Einweihungsfeier am 8.2.1990 lobte Staatsrat Li Tieying, Vorsitzender der Staatlichen Erziehungskommission, den Patriotismus von Li Ka Shing. Die Staatliche Erziehungskommission, so sagte er, habe die Universität Shantou ermutigt, gemäß Deng Xiaopings Weisung die Reform- und Öffnungspolitik

durchzuführen, den örtlichen Bedürfnissen zu dienen und internationalen Austausch zu pflegen. (XNA, 9.2.90; RMRB, 10.2.90)

In den letzten Jahren haben zahlreiche Auslandschinesen und Chinesen aus Hongkong oder Macao für den Ausbau des chinesischen Bildungswesens - und hier besonders für den Hochschulbereich - Spenden zur Verfügung gestellt. Erst kürzlich hatte ein Hongkonger Filmproduzent zehn chinesischen Universitätsbibliotheken auf dem Festland eine Spende von 100 Mio.HK\$ zugehen lassen (XNA, 21.2.90). -st-

*(20)

Garantie der staatlichen Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen

Der chinesische Staat wird in diesem Jahr den über 564.000 Studenten, die in diesem Sommer die Hochschulen verlassen, nach dem in der Vergangenheit üblichen Programm der zentralisierten Stellenzuweisung einen Arbeitsplatz zuweisen - trotz des Sparprogramms der Regierung, wie es von seiten der Staatlichen Erziehungskommission hieß. Man rechne damit, daß die Nachfrage nach Hochschulabsolventen in diesem Jahr größer sein werde als das Angebot, obwohl die Absolventen einiger Spezialfächer Schwierigkeiten haben würden, eine geeignete Stellung zu finden. Die überwiegende Mehrzahl der diesjährigen Hochschulabsolventen würde in kleineren Einheiten unterhalb der Provinzebene eingesetzt. Um die Arbeitsplatzzuweisung plangemäß abzuwickeln, hat die Staatliche Erziehungskommission allen Hochschulen und einstellenden Einheiten untersagt, ihre Pläne für die Vermittlung der Studenten bzw. für die Einstellung der zugewiesenen Studenten ohne Billigung durch die höhere Ebene zu ändern. (XNA, 15.2.90)

Die diesjährige Regelung der Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen bedeutet eine Rückkehr zum Modell der zentralen Handhabung, das in den letzten Jahren reformiert werden sollte und teilweise schon durchbrochen war. Sie impliziert zugleich eine stärkere Kontrolle des Staates über die Hochschulabsolventen. Der Vorteil für die Studenten liegt darin, daß sie nicht arbeitslos werden, der Nachteil, daß sie kein Mitspracherecht bei der Zuwei-

sung des Arbeitsplatzes haben, d.h. daß sie auch unbeliebte Stellen akzeptieren müssen. Da die Mehrzahl der Absolventen in diesem Jahr unterhalb der Provinzebene eingesetzt werden soll und keine Chance hat, in den zentralen Stellen der Großstädte unterzukommen, dürften die meisten Hochschulabgänger mit dem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz unzufrieden sein. Im übrigen werden die wenigen begehrten Arbeitsplätze nur an solche Absolventen vergeben, die während ihres Studiums politisch-moralisches Wohlverhalten an den Tag gelegt haben. Dem Staat ist also genügend Handhabe gegeben, seine Machtposition gegenüber den Studenten auszuspielen. -st-

*(21)

Sonderschulen

Kürzlich fand in Beijing eine nationale Konferenz über das Sonderschulwesen statt, ein immer noch weitgehend vernachlässigter Sektor des chinesischen Erziehungswesens. Die Konferenz war gemeinsam von der Staatlichen Erziehungskommission, dem Ministerium für zivile Angelegenheiten und zwei Massenorganisationen veranstaltet worden. Die Konferenzteilnehmer riefen die Regierungen aller Ebenen und die zuständigen Abteilungen auf, größere Anstrengungen auf dem Gebiet der Sonderschulerziehung zu unternehmen. Laut einer Bestandsaufnahme, die auf der Konferenz gegeben wurde, gibt es in China gegenwärtig 662 Sonderschulen und 811 Sonderklassen, in denen insgesamt 63.974 behinderte Schüler unterrichtet werden. Die Schulen sind für Blinde, Taubstumme und geistig Zurückgebliebene. Im Jahre 1988, so verlautete weiter, hätten nur 6% aller behinderten Kinder eine Schule besuchen können. In den letzten Jahren habe sich die Situation verbessert; heute stellten 18 Provinzen und autonome Gebiete sowie zwei Stadtstaaten zusätzliche Mittel für Sonderschulen bereit. (XNA, 25.2.90)

Daß die Kapazität der Sonderschulen im Jahre 1988 für nur 6% der behinderten Kinder ausreichte, macht die völlig unzureichende Versorgung Chinas mit diesem Schultyp deutlich. Bis heute dürfte sich an diesem Zustand nicht viel geändert haben. Angesichts der allgemeinen Finanzknappheit im Erziehungswesen dürfte das Sonder-

schulwesen einen schweren Stand haben. Hinzu kommt der Mangel an gut ausgebildeten Sonderschullehrern. In ganz China gibt es nur drei Institutionen für die Ausbildung von Sonderschullehrern. Die erste wurde 1982 mit Mitteln der UNICEF in Nanjing errichtet. Die beiden anderen Zentren liegen in Shandong und Liaoning und wurden ebenfalls mit Unterstützung der UNICEF gebaut. Diese drei Ausbildungsstätten haben bisher 1.100 Sonderschullehrer für Blinde, Taube und geistig Zurückgebliebene ausgebildet. Gegenwärtig werden weitere 1.300 Studenten geschult. In den nächsten vier Jahren will UNICEF weitere 1,4 Mio.US\$ für die Ausbildung von Sonderschullehrern zur Verfügung stellen. An 15 pädagogischen Hochschulen sollen Sektionen für die Ausbildung von Sonderschullehrern eingerichtet werden. Außerdem sollen Grundschullehrer durch Sonderprogramme in die Lage versetzt werden, behinderte Kinder an regulären Schulen mit zu unterrichten. (XNA, 2.2.90) Auch diese Pläne werden kaum ausreichen, den Bedarf an Sonderschullehrern zu decken. Woran es in China aber wohl vor allem mangelt, ist das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Sonderschulerziehung. -st-

*(22)

Neuer Staatsplan zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik hat kürzlich einen neuen Schwerpunktplan erlassen: den staatlichen Plan zur Verbreitung wissenschaftlich-technischer Errungenschaften. Dieser Plan, der im letzten Jahr ausprobiert wurde, tritt in diesem Jahr in Kraft mit dem Ziel, fortschrittliche, ausgereifte wissenschaftlich-technische Ergebnisse in großem Maßstab an die Industrie und Landwirtschaft weiterzugeben. Der Plan schließt zwei Ebenen ein, die staatliche und die Provinzebene, und beinhaltet zu gleichen Teilen Projekte für die Industrie und die Landwirtschaft, nämlich je 300 Projekte. Die Investitionsmittel sollen aufgestockt werden. In den Plan werden solche Projekte aus dem "Funkenplan" (Plan zur Förderung der Landwirtschaft) und dem "Fackelplan" (Plan zur Entwicklung der High-Tech-Industrie) aufgenommen, die einen guten Nutzeffekt haben und eine breite Fläche abdecken. Man

rechnet damit, daß nach drei Jahren im industriellen Bereich ein jährlicher Produktionswert von 18 Mrd. Yuan mit 3 Mrd. Yuan Gewinn erzielt werden kann und im landwirtschaftlichen Bereich die Erträge sechseinhalbmal höher liegen werden als die Investitionen. (RMRB, 25.2.90) Der Schwerpunkt des neuen Plans liegt auf der Landwirtschaft, dem Energiesektor, Rohstoffen, Transport- und Kommunikationswesen sowie auf großen und mittleren Unternehmen. Zu den Schlüsselprojekten zählen die Entwicklung von Hohertragsgetreidesorten sowie Projekte zur Einsparung von Energie und Rohstoffen. Zusammen mit den fünf bereits bestehenden Plänen zur Förderung von Wissenschaft und Technik in China bildet der neue Plan ein vollständiges System. Bei den anderen fünf Plänen handelt es sich um den "Funkenplan", den High-Tech-Forschungsplan, den "Fackelplan", den Plan zur Entwicklung der Grundlagenforschung und den Plan zur Erforschung wichtiger wissenschaftlicher Probleme. (XNA, 25.2.90)

Der neue Plan wurde ins Leben gerufen, um die praktische Anwendung wissenschaftlich-technischer Neuerungen in Industrie und Landwirtschaft zu fördern und zu beschleunigen. In China mangelt es vielfach an der horizontalen Verbreitung solcher Neuerungen, was an der fehlenden Zusammenarbeit auf gleicher Ebene und dem "Egoismus" der einzelnen Einheiten liegt. -st-

*(23)

Neue wissenschaftliche Zeitschrift über chinesische Kultur

In China ist eine neue wissenschaftliche Zeitschrift mit dem Titel *Chinesische Kultur* ("Zhongguo Wenhua") gegründet worden. Ihr Ziel ist es, in wissenschaftlichen Artikeln von hohem Niveau Erscheinungen der chinesischen Kultur zu erforschen. Die Zeitschrift soll zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, erscheinen. Sie wird gleichzeitig in China und in Hongkong herausgebracht, und zwar bei Sanlian bzw. bei der Zhonghua-Buchgesellschaft. Wie berichtet wird, soll auch eine Ausgabe in Taiwan und eine gekürzte Ausgabe in englischer Sprache erscheinen. Die Redaktion der Zeitschrift sitzt an der Chinesischen Akademie zur Erforschung der Kunst (*Zhongguo Yishu Yanjiusuo*). Als wis-

senschaftliche Berater und Sonderberater wurden aus dem In- und Ausland über 20 Fachleute auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften berufen. (RMRB, 9.2.90)

Die Gründung dieser Zeitschrift paßt in das gegenwärtige geistige Klima Chinas. Als Bollwerk gegen kulturelle Einflüsse aus dem Westen versuchen die orthodoxen Machthaber die chinesische Kultur in den Vordergrund zu rücken, insbesondere die traditionelle chinesische Kultur. Hiermit stoßen sie auf das Interesse maßgeblicher Kreise in Taiwan, die ihr Augenmerk von jeher auf die traditionelle chinesische Kultur gelegt haben. -st-

*(24)

Filmindustrie im Dienste der Ideologie

Im Februar fand in Beijing ein Seminar für Filmschaffende statt, auf dem Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, die Parteirichtlinien für das Filmschaffen darlegte. Der Film als eine der volkstümlichsten Künste, so sagte er, sei ein wichtiges Mittel zur Erziehung des Volkes. Chinas Filme hätten pro Jahr ein Publikum von 16 Milliarden. Weitere Aufgaben des Films seien die Stärkung des Aufbaus der sozialistischen Kultur und Ideologie sowie die Aufrechterhaltung der Stabilität. In den letzten Jahren sei eine ganze Reihe von Filmen mit gesunden Ideen und hohem künstlerischen Wert produziert worden, auch habe sich ein großer Kern von Filmfachleuten herausgebildet. Dennoch habe es auch ernste Probleme gegeben. Unter dem Einfluß bürgerlicher Liberalisierung seien die Richtlinien für das filmische Schaffen durcheinander geraten, und die ungesunde Tendenz, nur nach dem Geld zu schauen, habe zur Produktion schlechter Filme geführt. Er hoffe, daß die Filmschaffenden daraus Lehren gezogen hätten und fortan "dem Volk und dem Sozialismus dienen". Den Drehbuchautoren stehe eine breite Palette von Themen zur Verfügung - sowohl historische als auch aus der Wirklichkeit gegriffene -, sie dürften alles behandeln, solange sie nicht gegen die Verfassung und Gesetze und gegen die vier Grundprinzipien verstießen und nicht Pornographie, Feudalismus und Aberglauben verbreiteten. (XNA, 23.2.90) Zwar gestand Li dem Film

auch Unterhaltungswert und ästhetische Funktionen zu, doch machte er deutlich, daß die erzieherischen Aufgaben das Wichtigste seien.

Im Anschluß an das Seminar gab das Staatliche Filmbüro die nunmehr gültigen neuen Richtlinien für das filmische Schaffen heraus. Der Staat habe beschlossen, so der Sprecher des Filmbüros, dieses Jahr weniger Filme zu produzieren und statt dessen die Qualität zu verbessern. Nicht erlaubt seien verantwortungslos zusammengeschriebene, geschmacklose oder sensationelle Drehbücher oder solche mit beißender Gesellschaftssatire. Man plane in diesem Jahr die Produktion von 100 Spielfilmen, 36 weniger als 1989. Man habe die 16 Filmstudios des Landes davon unterrichtet und sie angewiesen, nur 100 aus den vorliegenden 180 Drehbüchern auszuwählen. Außerdem seien die Filmstudios angewiesen worden, mehr Filme zu produzieren, die Patriotismus und Heldentum herausstellen, die die gegenwärtige Reform- und Öffnungspolitik widerspiegeln, die das Nationalgefühl beleben und gute Moral und Tugend fördern. Wie der Sprecher weiter sagte, ließen die 180 vorliegenden Drehbücher eine neue Tendenz erkennen: Die Autoren schenken jetzt dem aktuellen und modernen Leben sowie der Revolutionsgeschichte mehr Aufmerksamkeit als Thrillern, Gongfu-Filmen und reinen Unterhaltungsfilmen. Unter den 180 Drehbüchern behandelten 89 Gegenwartsthemen (20 mehr als letztes Jahr) und 24 Themen aus der Revolutionsgeschichte (letztes Jahr waren es nur 3). Die Zahl der reinen Unterhaltungsfilme, wie Krimis, Thriller und Lustspiele, sei von 92 im vergangenen Jahr auf 66 gesunken. Die Tatsache, daß die Filmproduzenten der Revolutionsgeschichte mehr Aufmerksamkeit schenken, so der Sprecher, zeige, daß ihr soziales Verantwortungsgefühl gestärkt sei. Er bemängelte allerdings, daß es zu wenig Filme über Bauern und Arbeiter und zu wenig Kinderfilme gebe. (XNA, 25.2.90)

In den letzten Jahren hatte sich in China eine eigenständige, neue Wege gehende Filmindustrie entwickelt. Eine neue Generation junger Filmkünstler war hervorgetreten, deren Filme z.T. auch beachtliche internationale Erfolge wurden. So erhielten beispielsweise "Das rote Kornfeld" und "Der alte Brunnen" internationale Filmpreise. Die nun wieder spürbare ideologische Gängelung der Filmemacher bedeutet für die chinesische Filmindustrie einen ersten Rückschlag. -st-

*(25)

Homo orientalis lebte vor 3 Millionen Jahren in China

Chinesische Archäologen haben nachgewiesen, daß der *homo orientalis* vor 3 Millionen Jahren im Kreis Yuanmou in der südchinesischen Provinz Yunnan lebte. Diese Entdeckung verlegt die Geschichte der Menschheit angeblich um 500.000 Jahre vor. Dies verkündete der bekannte chinesische Archäologe Qian Fang kürzlich anlässlich eines paläoanthropologischen Symposiums in Kunming. Qian entdeckte im Jahre 1965 im Kreis Yuanmou zwei versteinerte Zähne eines Menschen, der später "Yuanmou-Mensch" genannt wurde und von dem man annahm, daß er vor 1,7 Millionen Jahren lebte. Qian Fang berichtete, daß die neue Datierung auf paläomagnetischen Untersuchungen der Schichten in Baozidongqing in Yuanmou basiere. Dort sei seit 1986 eine große Menge von versteinerten Zähnen und Kieferknochen von Hominiden ausgegraben worden. Zhang Xingyong, ein Paläoanthropologe am Yunnaner Provinzmuseum, habe den Yuanmou-Menschen als *homo orientalis* bezeichnet.

Seit 1986, so wurde ferner berichtet, habe man in Hudieliangzi (ebenfalls im Kreis Yuanmou) eine große Anzahl von Fossilien von Affen gefunden. 1988 habe man diese Affenart als *ramapithecus hudienensis* bezeichnet und gemeint, er habe vor 3-4 Millionen Jahren gelebt. Inzwischen jedoch hätten Untersuchungen in Hudieliangzi ergeben, daß die entsprechende Schicht älter, nämlich auf 4,1 Millionen Jahre datiert werden muß. Diesen Entdeckungen Qian Fangs und seiner Kollegen zufolge lebte der *ramapithecus hudienensis* also vor 4,1 Millionen Jahren in Yuanmou. Zuvor hatten einige Paläoanthropologen angenommen, der *ramapithecus hudienensis* sei vor 8 Millionen Jahren ausgestorben und könne daher kein Vorfahre des modernen Menschen sein. Aufgrund seiner Existenz vor 4,1 Millionen Jahren, so Qian Fang, sei es aber durchaus möglich, daß der *ramapithecus hudienensis* ein direkter Vorfahre des Menschen sei. (XNA, 2.2.90)

China ist eine der Geburtsstätten der Menschheit. Der berühmte Peking-Mensch, dessen Überreste 1927 in Zhoukoudian südwestlich von Beijing gefunden wurden, ist allerdings wesentlich jünger. Er soll vor 400.000 bis 500.000 Jahren gelebt haben. -st-

Außenwirtschaft

*(26)

Die Weltbank gewährt China wieder Kredite

Am 27. Februar 1990 gab die Weltbank einen 60-Mio.-US\$-Kredit für die Volksrepublik China frei. Es war dies einer von sieben Krediten, die das Institut zurückgehalten hatte, nachdem Panzer im Juni 1989 die Demokratiebewegung in China blutig überrollt hatten. Die Bank ließ in diesem Zusammenhang wissen, daß China wieder ein normaler Kreditnehmer sei. Die wirksamen Schritte der Volksrepublik, ihre sich erhitzende Wirtschaft zu drosseln und zu stabilisieren, habe die Weltbank in dem Entschluß bestärkt, die Kreditgewährung an China wieder aufzunehmen.

Bisher hat die Weltbank in über 80 chinesische Projekte investiert.

Der Schritt des Instituts ist insofern bedeutsam, als viele andere Banken auf ein solches Leitsignal gewartet haben.

Der aus dem Mund führender chinesischer Politiker häufig zu hörende Satz, daß China "nicht isoliert" sei, gewinnt damit wieder etwas an Realität.

Bereits am 22.1.1990 hatte die *Volkszeitung* (RMRB) von Verhandlungen zwischen Weltbank-Vertretern und chinesischen Regierungsrepräsentanten berichtet. Es gehe um die Hilfsprogramme der Bank für die Wirtschaftsentwicklung Chinas in den nächsten drei Jahren, u.a. um die Finanzierung des großen Bewässerungsprojekts in den Provinzen Shandong, Jiangsu und Anhui sowie für ein Straßenbauprogramm, das in den nächsten dreißig Jahren zum Aufbau eines landesweiten Straßennetzes beitragen soll. Für das Bewässerungssystem sollen - vorerst noch Zukunftsmusik! - Investitionen zwischen 250 und 300 Mio.US\$ durch die Weltbank bereitgestellt werden.

Im Oktober 1989 hatte in Beijing ferner eine Konferenz stattgefunden, die von der chinesischen Volksbank gemeinsam mit der ADB (Asian Development Bank) ausgerichtet worden

war. Li Peng hatte bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß China seit seinem Beitritt zur ADB i.J. 1986 gute Beziehungen zu diesem Institut pflege und daß diese Qualität auch erhalten bleiben möge, da sich ja an den Grundprinzipien der chinesischen Außenpolitik nichts geändert habe. Das Land wolle zwar auf eigenen Füßen stehen, aber keineswegs die Tür schließen und auf moderne Wissenschaft und Technik sowie auf fortschrittliches Management und Einführung von Kapital aus dem Ausland verzichten.

Das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel ist zuversichtlich, daß China seine jetzigen Auslandsschulden in Höhe von 40 Mrd.US\$ ohne Schwierigkeiten zurückzahlen kann: Die Fähigkeit eines Landes zur Rückzahlung seiner Schulden hänge von seinem Außenhandel und von seiner allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab: In den ersten neun Monaten d.J. 1989 hätten Chinas Exporte die Einfuhren um 5,2 Mrd.US\$ überstiegen. Damit habe das Land alle seine 1989 fälligen Auslandsschulden zurückzahlen können. Zwischen 1990 und 1992 trete die chinesische Volkswirtschaft in die Periode ihrer höchsten Rückzahlungsverpflichtungen ein. Dabei werde es allerdings mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine ähnlichen Probleme geben wie bei anderen Entwicklungsländern. Chinas gegenwärtiger Schuldenanteil sei durchaus tragbar: Kurzfristige Kredite machten 80% der gesamten Schulden aus - einen Betrag, der unter der weltweit anerkannten Problemgrenze liege. Außerdem seien Chinas Schulden in verschiedenen ausländischen Währungen festgesetzt, so daß Währungsschwankungen keinen größeren Schaden anrichten könnten. Darüber hinaus verfüge China über genügend Devisenreserven: Reserven in harter Währung hätten zwischen 1985 und 1988 um fast 60% auf mehr als 47 Mrd.US\$ zugenommen.

Risiken würden auch dadurch heruntergedrückt, daß Chinas Volkswirtschaft nach dem Prinzip einer geplanten Marktwirtschaft funktioniere. Auslandsschulden könnten planmäßig kontrolliert werden. Darüber hinaus falle es dieser Form von Wirtschaft auch leichter, ausländische Kredite effizient zu plazieren.